

Katrin Budde

- (A) Das Konzept muss ein lernendes Konzept sein; es darf kein statisches Konzept sein, weil wir diese weiteren Orte überall bzw. nebeneinander brauchen. Wo ist Demokratiegeschichte nebeneinander zum Anfassen geschrieben worden? – Und das ist wichtig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ja, die Friedliche Revolution in der DDR und die Wiedervereinigung sind natürlich herausragende Momente in der Freiheits- und Demokratiegeschichte unseres Landes. Das müssen wir würdigen. Dazu gehört für mich auch ein Freiheits- und Einheitsdenkmal in Leipzig, das muss in der nächsten Legislatur beschlossen und bezahlt werden. Deutschlandweit gibt es aber überall kleinere und größere Orte nicht nur aus der Zeit der Friedlichen Revolution, sondern aus der gesamten Zeit der Entstehung der Demokratie und der Bewahrung der Demokratie, sodass wir nebeneinander sichtbar machen müssen, wo Demokratie ist und wie man sie bewahren kann.

Dazu gehören zum Beispiel auch ganz alte Orte. Thomas Müntzer hat in Altstädt in Sachsen-Anhalt das erste Mal gegenüber den Fürsten das Widerspruchsrecht des gemeinen Mannes eingefordert. Okay, mit den Frauen hatte er es noch nicht so gehabt, und so richtig Demokratie wollte er auch nicht. Aber ein Widerspruchsrecht einzuführen, ist ja überhaupt erst mal ein erster Schritt. Und auch das ist wichtig.

- (B) Wir haben in unserem Land eine inzwischen schon erwachsene Generation und viele, die nachkommen, die unser Land nur noch so kennen, wie es ist. Gott sei Dank! Sie leben in Freiheit, in Demokratie. Man kann sagen, was man will, und wird nicht bestraft. Das heißt aber auch, dass wir ihnen zeigen und immer wieder sagen und sichtbar machen müssen, dass es Demokratie nicht einfach zum Nullkostenpreis gibt, sondern dass Demokratie jeden Tag erkämpft, erarbeitet, bewahrt werden muss; und dafür brauchen wir diese Orte.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Frau Kollegin, kommen Sie zum Schluss.

Katrin Budde (SPD):

Ich würde gerne schließen mit einem Satz von Frank-Walter Steinmeier – mein letzter Satz in meiner Rede –:

Was sich nicht wiederholen soll, darf nicht vergessen werden. Aber auch an das, was Vorbild war, was Bestand und Zukunft haben soll, muss erinnert werden.

Dazu soll die Stiftung beitragen, und das ist gut.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin Budde. – Damit schließe ich die Aussprache.

Tagesordnungspunkt 8 a. Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Errichtung einer „Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte“. Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/30342, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksachen 19/28648 und 19/29634 in der Ausschussfassung anzunehmen. (C)

Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/30383 vor, über den wir zuerst abstimmen. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist bei Enthaltung der Fraktion der AfD und der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der FDP-Fraktion mit den übrigen Stimmen der Fraktionen des Hauses der Antrag abgelehnt.

Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dieser Gesetzentwurf in zweiter Lesung bei Enthaltung der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der übrigen Fraktionen des Hauses angenommen.

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann stelle ich fest, dass auch in dritter Lesung und Schlussabstimmung dieser Gesetzentwurf bei Enthaltung der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der übrigen Fraktionen des Hauses angenommen ist. (D)

Tagesordnungspunkt 8 b. Wir setzen die Abstimmungen zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien auf Drucksache 19/30342 fort. Unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss, die Unterrichtung durch die Bundesregierung über das Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Orte deutscher Demokratiegeschichte auf Drucksache 19/28535 zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Keine. Dann ist diese Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 9 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Alexander Müller, Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Höchstalter der Reserve abschaffen

Drucksache 19/29087

Überweisungsvorschlag:
Verteidigungsausschuss (f)
Ausschuss für Inneres und Heimat
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Ich begrüße hierzu ganz herzlich die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Frau Dr. Högl.

Für die Aussprache ist eine Dauer von 30 Minuten beschlossen.

Der Platzwechsel findet bitte zügig statt.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki

(A) Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner das Wort dem Kollegen Alexander Müller, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Alexander Müller (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Oberfeldarzt Dr. Ulrich Graf wurde in diesem Frühjahr 65 Jahre alt und muss deshalb zwingend das Sanitätsregiment 5 in Rennerod verlassen. Ein eingespieltes Team wird ohne Not zerrupft – wegen einer starren Altersgrenze im Gesetz.

Unser Antrag, den wir heute einbringen, hat zum Ziel, dass Reservisten alleine nach körperlicher und geistiger Fitness beurteilt werden, aber nicht mehr nach einer starren Altersgrenze.

(Beifall bei der FDP)

Durch das Wehrpflichtgesetz kann niemand über 60 zum Dienst gezwungen werden. Wir reden hier also komplett über freiwilligen Reservistendienst; es geht ausschließlich um Freiwilligkeit. Viele Menschen fühlen sich mit 65 noch topfit und empfinden den Rauswurf mit 65 Jahren als eine Art von Altersdiskriminierung. Und natürlich geht es hier weniger um Infanteristen oder Kampfschwimmer, sondern um erfahrene IT-Experten, sachkundige Logistiker und medizinisches Fachpersonal.

(B) In diesem Frühjahr startete die Bundeswehr medizinische Hilfseinsätze in den von Covid besonders stark betroffenen Ländern Portugal und Indien. Warum soll denn ein 65-jähriger Lungenfacharzt oder Anästhesist, der gerne mithelfen möchte, dafür nicht geeignet sein? Die ganze Lebenserfahrung der älteren Mediziner ist unschätzbar wertvoll für die jungen Kameraden. Man reißt doch eingespielte und funktionierende Teams auseinander, wenn man Reservisten entgegen ihrem Willen aus der Reserve drängt und zwangsweise auskleidet.

(Beifall bei der FDP)

Wer von Ihnen schon mal auf einem Kameradschaftsabend oder einem Reservistentag war, der spürt, wie die Uniform für viele Kameraden eine besondere emotionale Bedeutung hat. Sie verbinden damit viele Erinnerungen, viele Lebensereignisse mit ihrer Zeit bei der Bundeswehr. Das Wegnehmen der Uniform spart überhaupt kein Geld; denn die abgetragenen Uniformen werden verbrannt und nicht wiederverwertet.

Viele von Ihnen kennen Gail Halvorsen, Träger des großen Bundesverdienstkreuzes, den berühmten US-amerikanischen Piloten der Luftbrücke nach Berlin, der die kleinen Fallschirme mit Schokolade über den Kindern abgeworfen hatte. Diesen Mann kann man sich gar nicht ohne Uniform vorstellen. Er kommt auch heute zu allen feierlichen Anlässen selbstverständlich immer noch in seiner alten Colonel-Montur.

Die Bundeswehr ist manchmal stilsicher, manchmal ist sie es aber auch nicht.

(Der Redner hält eine Urkunde hoch)

(C) Nach meiner 15-monatigen Wehrdienstzeit in den 80er-Jahren bekam ich diese Urkunde mit dem Dank im Namen der Bundesrepublik Deutschland für meine geleisteten Dienste.

(Der Redner hält eine weitere Urkunde hoch)

Bei meiner Beförderung als Reservist im letzten Herbst bekam ich diese stilvolle Urkunde, durchaus wertig, mit schwarz-rot-goldenem Bändchen.

(Der Redner hält ein Papier hoch)

Oberfeldarzt Dr. Graf wird mit diesem Einzeiler vom Karrierecenter der Bundeswehr aus seinem Team herausgenommen. Das ist respektlos. Es ist nicht angemessen nach Jahrzehnten treuen Dienstes für die Sicherheit Deutschlands.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU und der SPD, Sie werden ja gleich alle diese Initiative der Freien Demokraten loben und uns dann wortreich erklären, warum sie aus taktischen Gründen leider nicht zustimmen können. Helfen Sie doch mit, würdig mit unseren älteren Reservisten und Reservistinnen umzugehen, und stimmen Sie unserer Gesetzesinitiative zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Müller. – Als weiteren Redner haben wir jetzt den Kollegen Jens Lehmann, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

Jens Lehmann (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorab möchte ich mich tatsächlich bei den Antragstellern bedanken,

(Zuruf von der FDP: Gern geschehen!)

dass wir nach diversen Rückzügen von der Tagesordnung nun über diesen durchaus diskutablen Antrag debattieren können. Denn Sie greifen einen Punkt auf, der seit einem Jahr in der Praxis tatsächlich eine Hürde darstellt.

Im Frühjahr vergangenen Jahres rief die Bundeswehr ihre Reservisten auf, sich wegen der Coronapandemie zu melden und ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Dienst zu erklären. Gerade die im Antrag erwähnten Lungenfachärzte sind in der Coronapandemie eine wertvolle Ressource, die genutzt werden muss. Insofern begrüße ich Ihren Antrag, solches Personal weiterhin als Reservist in der Bundeswehr Dienst verrichten zu lassen. An diesem Beispiel zeigt sich, dass wir in Krisenzeiten pragmatisch mit unseren Ressourcen umgehen müssen und uns starre Verfahren, Vorschriften und Verordnungen gelegentlich den notwendigen Pragmatismus nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dann kommt die im Antrag ins Visier genommene Altersgrenze ins Spiel. In der jetzigen Pandemie brauchen wir beispielsweise jeden Lungenfacharzt, der dienen kann und arbeiten will. Aber, werte Kollegen, wir

Jens Lehmann

- (A) müssen auch über die Folgen Ihres Antrages diskutieren. Das ist aus meiner Sicht enorm wichtig, damit wir Ihre Idee weiter verfolgen können. Denn ich möchte unbedingt eine Zweiklassengesellschaft in der Bundeswehr verhindern, die meiner Ansicht nach entstehen kann, wenn Reservisten generell über das 65. Lebensjahr hinaus dienen können, Berufssoldaten aber je nach Dienstgradgruppe zwischen 55 und 65 Jahren in den Ruhestand versetzt werden.

Meine Damen und Herren, wir haben eine Fürsorgepflicht gegenüber den Soldaten und Reservisten. Denn der Dienst in der Bundeswehr ist und bleibt herausfordernd. Jahrzehntelanger Dienst in der Truppe geht nicht spurlos am Körper vorbei; das müssen wir uns immer wieder vergegenwärtigen. Deshalb gibt es die bislang geltende Regel ohne Ausnahme, dass Soldaten spätestens mit 65 Jahren in den Ruhestand eintreten. Selbst die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages schreibt in ihrem aktuellen Bericht – Zitat –: „Gerade die Verstärkungsreserve erfordert zudem mehrheitlich lebensjüngere, wehrrechtlich verfügbare Menschen.“

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Faber, FDP-Fraktion?

Jens Lehmann (CDU/CSU):

Ja, gerne.

- (B) **Dr. Marcus Faber (FDP):**

Danke, Herr Präsident. – Herr Lehmann, vielen Dank, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen. Sie haben eben darauf hingewiesen, dass Sie keine Zweiklassengesellschaft in der Bundeswehr wollen, und darauf abgezielt, dass ja Berufssoldaten schon früher in den Ruhestand gehen. Sind Sie sich denn der Tatsache bewusst, dass es gerade die Idee ist, ausscheidende Zeit- und Berufssoldaten danach als Reservisten zu gewinnen, die dann auch nicht mit 65 Jahren aus dem Reservistendienst ausscheiden müssten? Ist Ihnen bewusst, dass sich das überhaupt nicht widerspricht, sondern es quasi ein Argument dafür ist, diesem Antrag zuzustimmen?

(Beifall bei der FDP)

Jens Lehmann (CDU/CSU):

Ich bin mir dessen bewusst. Ich sehe dies trotzdem als Widerspruch und als eine Zweiklassengesellschaft an.

Wir müssen sorgfältig abwägen, ob die Regelungen, so wie im Antrag gefordert, nicht zu Situationen führen können, die darauf hinauslaufen, dass sich viele rüstige Senioren noch mal einberufen lassen. Stellen Sie sich vor, Sie schaffen das Höchstalter der Reserve ab. Im Endeffekt könnte dann ein altdienstlicher über 80-Jähriger, der vielleicht 1957 zu den ersten 10 000 Wehrpflichtigen gehörte, beim Truppenarzt vorstellig und in der Reserve der Bundeswehr aktiv werden. Das wünsche ich mir, ehrlich gesagt, nicht, meine Damen und Herren, und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass dies die Intention Ihres Antrages ist.

Ich möchte keinem älteren Mitbürger die körperliche Fitness absprechen. Aber dennoch sollten wir hier realistisch und ehrlich bleiben. Das sind aus meiner Sicht Argumente, die gegen eine generelle Abschaffung der Höchstaltersgrenze sprechen. Ich befürworte im Bedarfsfall jedoch Einzelfallentscheidungen. Deshalb sollten wir diesen Gedanken weiterverfolgen, wenn es um die Bewältigung von außergewöhnlichen Situationen oder Anforderungen geht, wie wir sie aktuell erleben.

Meine Damen und Herren, der Gedanke der FDP, die Expertise älterer Menschen weiterhin nutzen zu wollen, ist nicht verkehrt, sofern sich diese freiwillig melden. Das Beispiel der Lungenfachärzte aus dem Sanitätsdienst hat uns gezeigt, dass wir alte Regeln unter Umständen anpassen müssen, um zukünftig besser und flexibler auf neue Situationen reagieren zu können.

Daher kann ich mir sehr gut vorstellen, dass ältere und erfahrene Reservisten eingesetzt werden, wenn der Stammtroppenteil den Bedarf anmeldet. Das wäre die Bedingung. Nur wenn die Bundeswehr den Bedarf anmeldet und dringend über 65-jährige Reservisten benötigt, wäre es begrüßenswert, die bisherigen Regeln anzupassen, und zwar dahin gehend, dass im speziellen Einzelfall und nicht mit einer generellen Lösung entschieden wird. Somit können wir Ihrem Antrag in der jetzigen Form momentan nicht zustimmen.

Werte Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion, ich gebe Ihnen recht: Wir sollten eine Lösung für das Thema Auskleidung finden. Aus Respekt vor der für die Bundeswehr erbrachten Leistungen der Reservisten muss es möglich sein, den altdienstlichen Soldaten einen Uniformsatz und die damit verbundenen Erinnerungen zu überlassen. Andere Länder zeigen, wie das geht.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich rufe nun den Kollegen Gerold Otten, AfD-Fraktion, auf.

(Beifall bei der AfD)

Gerold Otten (AfD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag „Höchstalter der Reserve abschaffen“ enthält einige Aspekte, die durchaus auch die Zustimmung unserer Fraktion finden. Mit § 4 des Gesetzes über die Rechtsstellung der Reservisten dürfen diese längstens bis zum Ablauf des Monats, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden, in ein Reservewehrdienstverhältnis berufen werden. Nun möchten aber viele Reservisten auch nach dieser Altersgrenze noch einen Dienst für die Gesellschaft leisten. Dies kann ich aus meiner persönlichen Perspektive nachvollziehen; denn mit Ablauf des vergangenen Jahres bin ich, eben weil ich die Altersgrenze von 65 Jahren erreicht hatte, als Oberst der Reserve aus meinem Reservewehrdienstverhältnis bei der Bundeswehr verabschiedet worden.

Gerold Otten

- (A) Aber auch zwei objektive Gründe sprechen für einen Wegfall dieser Altersbeschränkung. Zunächst einmal handelt es sich bei der Altersgrenze von 65 Jahren um eine gesetzliche Normierung, die allerdings dringend den gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst werden muss. So wurde mittlerweile bereits das Renteneintrittsalter stufenweise heraufgesetzt, aktuell auf 65 Jahre und 9 Monate für den Jahrgang 1955, mit dem Ziel des Renteneintritts mit 67 Jahren. Jetzt wird sogar die Rente mit 68 oder noch darüber hinausgehend bis 70 diskutiert. Außerdem würde durch eine unverändert gründliche und umfassende medizinische Untersuchung am Beginn einer Reservewehrdienstleistung die Tauglichkeit auch von älteren Reservisten gewährleistet, wobei die Eingangsuntersuchung auch um spezielle Bereiche erweitert werden könnte.

Meine Damen und Herren, dieser Antrag verdeutlicht aber auch zwei Probleme, mit denen die Bundeswehr zu kämpfen hat:

Erstes Problem. Das Aussetzen der Wehrpflicht hat nicht nur das Band zwischen den Streitkräften und der Gesellschaft zerrissen, sondern hat auch eine vitale Quelle versiegen lassen, aus der die Streitkräfte einen wesentlichen Anteil der Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere bezogen haben, die sich für ein Dienstverhältnis als Zeit- oder Berufssoldat verpflichten. Heute muss die Bundeswehr massiv um Bewerber für diese Laufbahn, im Besonderen um Spezialisten, werben.

- (B) Junge Rekruten kommen dabei nicht selten mit falschen Vorstellungen zur Bundeswehr, denen man durch den Truppenalltag und militärische Notwendigkeiten nicht gerecht werden kann. Eine hohe Anzahl von Abbrechern – durchweg zwischen 20 und 25 Prozent – ist das kurzfristige Ergebnis. Langfristig wird sich der Personal-mangel verstetigen; er wird von Jahr zu Jahr gravierender werden.

Als logische Folge dieser Entwicklung werden Reservewehrdienstleistende in vielen Bereichen zunehmend zu unersetzlichen Stützen im Dienst. Das gilt dabei nicht nur für den Grundbetrieb im Inland, sondern auch für den Bereich der Auslandseinsätze, wo gerade Reservisten mit besonderen Qualifikationen wertvolle Unterstützung leisten.

Das zweite Problem ist der Glaube bei weiten Teilen der etablierten Politik und Medien, die Bundeswehr sei ein mehr oder weniger kostenloses Reservoir an Hilfskräften: billige Hilfskräfte, die immer abrufbar sind, um Versäumnisse bei der Ausstattung anderer staatlicher Organe oder der Zivilgesellschaft auszubügeln. Das zeigt sich zum Beispiel in der gegenwärtigen gesundheitspolitischen Krise. Mehr als 20 000 Soldaten übernehmen derzeit Unterstützungsleistungen in Gesundheitsämtern, Impfzentren und anderen Einrichtungen. Auch die regelmäßige Heranziehung der Bundeswehr bei der Bekämpfung von Hochwassern, Schneekatastrophen, Waldbränden und anderen Desastern wäre hier zu nennen.

Das ist fallweise sicher richtig und geboten, ist jedoch nicht die Kernaufgabe der Bundeswehr. Sie leitet daraus weder ihr Selbstverständnis noch die Legitimation für ihre Existenz ab. Verteidigung ist der Kernauftrag der Bundeswehr laut Grundgesetz.

(Beifall bei der AfD)

Im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung geht es dabei um die Sicherstellung der territorialen Integrität und die Verteidigung des Landes gegen äußere Feinde. Vor diesem Hintergrund leisten die Reservisten der Bundeswehr einen unschätzbaren Dienst für unser Land, und dafür sind wir ihnen zu Dank verpflichtet.

(Beifall bei der AfD)

Wir sehen daher keinen triftigen Grund, warum dieser Beitrag mit einer starren Altersgrenze beschränkt wird. Wir befürworten den vorliegenden Antrag und hoffen – vor allen Dingen im Sinne der älteren Reservisten – auf eine breite parlamentarische Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Otten. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Eberhard Brecht, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Eberhard Brecht (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen Sympathieschub für die Bundeswehr erlebt. Zivil-militärische Zusammenarbeit – ein sperriger Begriff – ist für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes erfahrbar geworden bei allen möglichen Katastrophen. Wir müssen nur zur Kenntnis nehmen und darauf achten, dass die Bundeswehr nicht als Aushilfe für viele andere gesellschaftliche Aufgaben gedacht ist, sondern ganz andere Aufgaben hat. Sie muss die Bündnisverteidigung und insbesondere die Ausbildung dafür in den Vordergrund stellen.

Wir haben in den letzten Monaten erfahren, was die Bundeswehr kann. Ich denke, bei der Logistik, bei den Impfzentren, bei den Testzentren und auch auf den Intensivstationen haben Bundeswehrangehörige Fantastisches geleistet. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Ulrich Lechte [FDP])

Ich kenne den Chefarzt einer Klinik, der zu mir gesagt hat: Ohne die Hilfe der Bundeswehr in den Monaten Dezember und Januar wäre bei uns die medizinische Versorgung zusammengebrochen.

Umgekehrt muss mit Blick auf den Antrag der FDP auch die Frage erlaubt sein, ob in irgendeinem Krankenhaus in Deutschland Patienten deshalb nicht behandelt werden konnten, weil medizinisch ausgebildete Reservisten im Rentenalter nicht zur Verfügung standen. Wenn das der Fall gewesen wäre, ließe sich der Antrag der FDP mit einem dringenden Handlungsbedarf gut begründen.

Dr. Eberhard Brecht

(A) (Zuruf von der FDP: Das ist kein Coronaantrag!)

Stattdessen bezieht sich die FDP vorrangig auf den Wunsch älterer Reservisten, länger der Reserve angehören zu können. Ich kann diesen Aspekt gut verstehen. Wir alle haben das Bedürfnis nach Gemeinschaft, einer Gemeinschaft von gleichartig sozialisierten Menschen, Kameradinnen und Kameraden, gerade im Rentenalter. Ich unterstelle der FDP einmal, dass sie sich dieses Bedürfnisses durchaus bewusst ist – ich habe gerade was von Bändchen, Büttenpapier und Ähnlichem gehört – und sich mit Blick auf den 26. September auch eine gewisse Wirkung ihres Antrages verspricht.

(Tobias Pflüger [DIE LINKE]: Darum geht's!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ernsthaftigkeit des Auftrages der Reserve gebietet es aber, den FDP-Antrag etwas genauer zu betrachten. Die Reserve ist kein Freundschaftsverein, sondern ihre Mitglieder sind neben der zivilen Amtshilfe auch zu den körperlich fordernden Aufgaben der Landes- und Bündnisverteidigung verpflichtet. Nun frage ich: Gibt es tatsächlich so viele ehemalige Bundeswehrangehörige im fortgeschrittenen Alter,

(Zuruf von der FDP: Gibt es!)

die bereit und auch vom Gesundheitszustand her in der Lage sind, diese Aufgaben wahrzunehmen?

(Dr. Marcus Faber [FDP]: Und wenn es nur einer wäre!)

(B) Jetzt kommt der Zwischenruf von der FDP: Wir haben ja eine Tauglichkeitsuntersuchung!

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Super, dass Sie unsere Zwischenfrage schon vorwegnehmen!)

Ich glaube aber, die Frage der Fürsorge geht weit über die Tauglichkeitsuntersuchung hinaus und endet nicht beim medizinischen Gutachten. Sie ist weiter gefasst. Ansonsten könnte man ja auch das allgemeine Renteneintrittsalter in Deutschland auf 90 Jahre anheben, soweit der Beschäftigte kein gesundheitliches Negativattest vorlegen kann.

(Ulrich Lechte [FDP]: Es geht um Freiwilligkeit! – Weitere Zurufe von der FDP)

Folgt man der Strategie der Reserve aus dem Jahr 2019 – die müssten Sie ja kennen –, so liegt der Bedarf vor allem bei jüngeren Reservisten. Es gibt ein beträchtliches Potenzial an ausscheidenden Bundeswehrangehörigen, die noch über Jahre hinweg als Reservisten dienen können. Diese Feststellung ergibt sich aus einer ganz einfachen Betrachtung: Der größte Anteil an ausscheidenden Soldatinnen und Soldaten besteht aus freiwillig Wehrdienstleistenden und Soldaten auf Zeit. Diese sind aufgrund ihres Alters in der Lage, über lange Jahre hinweg Reservedienst leisten zu können.

Aber auch die Berufssoldaten, die im Alter zwischen 55 und 62 Jahren aus dem aktiven Dienst ausscheiden, können noch drei bis zehn Jahre in der Reserve mitwirken. Da ihre Zahl nun wiederum im Vergleich zu den freiwillig Wehrdienstleistenden und Soldaten auf Zeit

deutlich geringer ist, entspricht der Status quo bei der Altersbegrenzung dem Grundmodell einer sogenannten Grundbeorderung von sechs Jahren nach dem jeweiligen Dienstzeitende. Zudem habe ich den Eindruck gewonnen, dass Jüngere ganz gerne die Dienstposten von Älteren übernehmen würden.

(Zuruf des Abg. Ulrich Lechte [FDP])

Schließlich sollte man sich noch mal genau überlegen, ob man die Büchse der Pandora öffnet. Ein Entfall der Altersgrenze für Reservisten würde zu einer erneuten Diskussion über die allgemeine Altersgrenze in der Bundeswehr führen. Sie liegt für Berufssoldaten nach § 45 des Soldatengesetzes bis auf Ausnahmen bei 62 Jahren. Würden wir also bei der Reserve die Altersgrenze verschieben, provozierten wir damit die Frage nach einer mit der demografischen Entwicklung korrespondierenden Anpassung des regulären Ruhestandes in den Streitkräften.

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Das können wir dann ja demokratisch diskutieren!)

Aktive Bundeswehrangehörige und Reservisten unterliegen in ihrem Dienst oftmals derselben körperlichen Belastung, sodass man beide Gruppen durchaus vergleichen kann. Warum sollten also Berufssoldaten mit 63 Jahren den physischen Anforderungen des Dienstes nicht mehr gewachsen sein, während Reservisten mit 73 Jahren auch in einem hoffentlich nie eintretenden Bündnisfall ihre Frau oder ihren Mann zu stehen haben?

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen aus der FDP, grundsätzlich stehen wir einer erneuten Erörterung der Abschaffung der Altersgrenze für die Reserve offen gegenüber. Dafür müsste zunächst aber nachgewiesen werden – das hat Kollege Jens Lehmann schon betont –, ob es im Bereich der Flankierung der Landes- und Bündnisverteidigung oder für die zivil-militärische Zusammenarbeit wirklich einen zusätzlichen Personalbedarf von Älteren in der Reserve gibt. Auf der Grundlage von validen Daten, auf die Sie in Ihrem Antrag großzügig verzichten –

(Zurufe von der FDP)

es gibt gar keinen Begründungsteil –, könnte man Ihr Anliegen erneut aufgreifen. Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt den FDP-Antrag in der vorliegenden Form ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Wenn man die Gegenargumente mit der Lupe suchen muss!)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Brecht. – Nächster Redner ist der Kollege Tobias Pflüger, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Tobias Pflüger (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag der FDP liegt jetzt zum vierten Mal vor. Dreimal wurde er eingebracht und dann wieder von der Tagesordnung genommen. Offensichtlich scheint er nicht so wichtig zu sein – oder vielleicht doch. Ich habe außerdem

Tobias Pflüger

- (A) festgestellt: Dieser Antrag wurde nie in den Verteidigungsausschuss eingebracht, sondern ausschließlich hier ins Plenum. Ich glaube, da ist die Vermutung des Kollegen Brecht, dass das etwas mit der Wahl zu tun hat, nicht ganz unzutreffend.

Jetzt zu dem, was Sie vorschlagen. Sie schlagen vor, dass die Altersgrenze für Reservistinnen und Reservisten fallen soll, und begründen das unter anderem damit, dass Lungenfachärzte im Ruhestand der Bundeswehr bei der Pandemiebekämpfung helfen sollen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, also wenn es darum geht, kommt der Antrag reichlich spät. Corona zeigt deutlich, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitswesen ist. Dort muss mehr investiert werden. Deshalb dürfen nicht Milliarden in neue Rüstungsprojekte versenkt werden, sondern müssen in den Bereich des Gesundheitswesens gesteckt werden.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg.
Alexander Graf Lambsdorff [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen mehr Geld für Gesundheit und weniger für die Bundeswehr. Dieser Antrag ist mal wieder typisch FDP: Erst privatisieren Sie, dann sparen Sie das Gesundheitswesen kaputt, und dann rufen Sie nach der Bundeswehr. Das lehnen wir Linke ab.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei der
FDP – Alexander Graf Lambsdorff [FDP]:
Das ist ja grotesk!)

Im Übrigen: Mahnt nicht auch die FDP – wo ist die Kollegin Strack-Zimmermann? die mahnt das doch immer an –,

(B)

(Dr. Tobias Lindner [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Bei Markus Lanz!)

dass die Bundeswehr nicht mit Aufgaben belastet werden soll, die nicht zu ihrem eigentlichen Auftrag gehören? Was soll dann dieser Antrag, der hier vorgelegt wird?

(Zurufe von der FDP)

Sie fordern, die Altersgrenze für Reservisten zu streichen. Das heißt, dass Reservisten künftig bis zum Lebensende in ein Wehrdienstverhältnis berufen werden können.

(Lachen bei Abgeordneten der FDP)

Ein Ausscheiden gibt es dann nicht mehr. Das ist die Realität! Ob 70-Jährige, 80-Jährige oder 90-Jährige: Alle werden dann weiter als Reservisten geführt. Das ist der Effekt Ihres Antrages.

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Das ist ja
so absurd! – Christoph Bernstiel [CDU/CSU]:
Das ist doch peinlich!)

Was soll das bringen? Was glauben Sie denn, wie viele 90-Jährige am Ende als Reservisten diensttauglich sind? Das ist doch einfach Unsinn!

(Beifall der Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE])

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege Pflüger, erlauben Sie eine Frage des Kollegen Faber aus der FDP-Fraktion?

Tobias Pflüger (DIE LINKE):
Bitte, ja.

(C)

Dr. Marcus Faber (FDP):

Vielen Dank. – Herr Kollege Pflüger, ich habe versucht, die Zwischenfrage zu vermeiden, aber das ist mir bei Ihren Ausführungen nicht ganz gelungen. Sie sind ja Mitglied des Verteidigungsausschusses und kennen sicherlich auch den Soll-Ist-Vergleich beim Personal der Bundeswehr. Sie wissen wahrscheinlich, dass wir über 20 000 unbesetzte Dienstposten haben. Sie wissen auch, dass die Reservisten einen erheblichen Beitrag zur Funktionsfähigkeit der Bundeswehr in all ihren Teilbereichen leisten, nicht nur die Lungenfachärzte, –

Tobias Pflüger (DIE LINKE):

Das ist aber das, was Sie in Ihrem Antrag genannt haben.

Dr. Marcus Faber (FDP):

– sondern auch die Reservisten bei der Streitkräftebasis, bei der Luftwaffe, bei der Marine – in allen Bereichen.

Sind Sie nicht auch mit mir der Meinung, dass jeder 66-Jährige, jeder 71-Jährige, der willens – also freiwillig – und wehrtauglich ist, einen Mehrwert für die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr hat und wir deswegen diesen Antrag hier brauchen?

(Beifall bei der FDP)

Tobias Pflüger (DIE LINKE):

Ich glaube, es wäre sinnvoll, wenn Sie Ihren eigenen Antrag mal lesen.

(Dr. Marcus Faber [FDP]: Das habe ich getan!)

In Ihrem eigenen Antrag steht nämlich als zentrales Beispiel der Lungenfacharzt. Dort wird ausgeführt, dass der genau jetzt notwendig sei, weil die Pandemie bekämpft werden müsse.

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Erklären
Sie mal, was ein Beispiel ist!)

Das ist genau der zentrale Punkt, wo Sie meiner Ansicht nach völlig falsch liegen. Denn wenn es darum geht, die Pandemie zu bekämpfen, gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten, sich insbesondere bei zivilen Stellen zu melden. Zum Beispiel können sich auch die Ärzte, die Sie da benennen, bei zivilen Stellen melden. Das wäre das, was notwendig ist.

(Beifall der Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau bei diesen Helferinnen und Helfern würde ich mich gerne dafür bedanken, dass sie sich freiwillig melden. Wir wollen, dass diese Pandemie effektiv bekämpft wird, aber nicht dadurch, dass das Einzugsalter bei Reservisten weiter nach oben gesetzt wird, sondern dadurch, dass es möglich ist, sich freiwillig zu melden. Das haben sehr viele gemacht, und das ist sehr gut. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich.

(Beifall bei der LINKEN)

(D)

Tobias Pflüger

- (A) Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass es sinnvoll ist, sich tatsächlich Realitäten zu stellen

(Lachen bei Abgeordneten der FDP)

und nicht irgendwelche Anträge dreimal oder viermal vorzulegen. Deshalb: Wir werden diesen Antrag ablehnen, weil es keinen Sinn macht, Reservisten noch in hohem Alter einzuziehen. Wir wollen eine zivile Bekämpfung der Pandemie, und dafür sollten wir kämpfen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Eine Rede als Realsatire! – Gegenruf des Abg. Tobias Pflüger [DIE LINKE]: Realsatire ist Ihr Antrag! – Ulrich Lechte [FDP]: Die Rede hat viel Zeit gekostet!)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Pflüger. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Tobias Lindner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Zurück zur Sache!)

Dr. Tobias Lindner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Welch eine Stimmung angesichts eines so kurzen Antrags! Ich will noch zum Kollegen Pflüger eine Bemerkung machen, weil er es geschafft hat, mich zu verwirren. Herr Kollege, der Antrag ist deswegen noch nicht im Verteidigungsausschuss aufgetaucht, weil wir uns heute hier in der ersten Lesung befinden.

(B)

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Jan Ralf Nolte [AfD])

Im Anschluss daran findet die Überweisung in den Ausschuss statt, und dann wollen wir mal schauen, ob der Antrag nächste Woche noch auf der Tagesordnung ist. Damit kann die FDP durchaus dem Vorwurf des Wahlkampfags entgehen.

Jetzt zur Sache selbst. Ich finde, da ist Polemik fehl am Platz; denn Sie adressieren in Ihrem Antrag zwei Probleme, und zwar durchaus berechtigt, wie ich finde.

Erstens. Der Kollege Müller hat hier sehr eindringlich dargestellt, wie vielfach mit Reservistinnen und Reservisten, die über Jahrzehnte neben ihrem normalen Beruf für unser Land einen wertvollen Dienst geleistet haben, umgegangen wird, sowohl was die Schriftform des Dankes und der Anerkennung betrifft als auch die Tatsache, dass man dann noch einen netten Brief bekommt, jetzt bitte die Bekleidung zurückzuschicken. Ich finde, damit kann man anders umgehen. Auch in der Bekleidungsfrage, gerade bei besonderen Anlässen wie Gelöbnissen, Kranzniederlegungen und solchen Dingen, sollte man, ehrlich gesagt, pragmatischer denken, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Dr. Patrick Sensburg [CDU/CSU])

- Zur Wahrheit gehört aber auch, dass dafür allein die Abschaffung des Höchstalters der Reserve nicht notwendig ist. (C)

Der zweite Punkt betrifft die Grenzfälle, die Sie beschreiben: den Lungenfacharzt, die Cyberspezialistin – solche Fälle. Ja, darüber müssen wir nachdenken. Selbstverständlich müssen wir bei solchen Grenzfällen darüber nachdenken, wie wir das Wissen und das Engagement, das diese Menschen für unsere Gesellschaft, ob in Uniform oder in Zivil, einbringen wollen, dann auch weiter nutzbar machen können. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten.

Ich habe gesagt, wir reden hier über Grenzfälle. Deswegen, glaube ich, müssen wir sehr differenziert diskutieren. Das hat man ja auch an der Historie Ihres Antrags gemerkt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP. Sie hatten am 20. November des letzten Jahres einen Antrag auf Drucksache 19/24533 eingebracht, in dem am Ende der Deutsche Bundestag fordert, das Höchstalter der Reserve pauschal aufzuheben.

Ich bin froh, dass bei Ihnen anscheinend ein Erkenntnisprozess eingesetzt hat; denn heute sagen Sie, es gibt zwei Voraussetzungen: gesundheitliche Eignung und Freiwilligkeit. Ich erkenne an, dass das ein Fortschritt ist, will Ihnen aber sagen: Meiner Fraktion genügt das allein noch nicht. Wir werden uns in den Ausschussberatungen sehr genau darüber unterhalten müssen, wie man Grenzfälle betrachtet. Ich finde, man muss da Unterschiede machen und festlegen, für welche Truppengattungen das gilt, ob das für Mannschaftsdienstgrade gilt. Man muss, glaube ich, auch deutlich machen: Welche Anreize setzen wir? Auch wir als Staat, als Dienstherr haben mit den Anreizen, die wir setzen, eine Verantwortung gegenüber älteren Männern und Frauen. (D)

Über all das muss man diskutieren, und wenn wir darüber diskutiert haben, werden wir sehen können, wie wir damit umgehen. Ich muss Ihnen sagen: Die Lösung für zwei berechtigterweise angesprochene Probleme, die heute auf dem Tisch liegt, überzeugt uns noch nicht.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gute Rede!)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Lindner. – Der letzte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Professor Dr. Patrick Sensburg, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Patrick Sensburg (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Wehrbeauftragte! Ich freue mich sehr, Sie heute hier zu sehen, weil Sie in den letzten Monaten, seitdem Sie im Amt sind, immer ein Ohr für die Soldatinnen und Soldaten, aber eben auch für die Reservistinnen und Reservisten hatten. Dafür ganz herzlichen Dank! Bitte bleiben Sie so dabei!

Dr. Patrick Sensburg

(A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

– Ja, ich glaube, da kann man auch mal klatschen. – Ich möchte auch einen Dank an die Reservistinnen und Reservisten in Deutschland sagen, die nicht nur in den letzten Monaten der Pandemie, sondern in all den Jahren exzellente Arbeit für unser Land geleistet haben, unserem Land gedient haben. Wir haben das in Coronazeiten gesehen. Ob im Lagezentrum oder zur Unterstützung der Gesundheitsämter vor Ort, überall waren Reservistinnen und Reservisten im Einsatz, natürlich auch in den Einsätzen und in den Missionen. Überall leisten Reservistinnen und Reservisten ihren Dienst. Auch dafür ganz, ganz herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich begrüße den Antrag der FDP, der jetzt und hier ein Thema in das Plenum bringt. Wir werden – Kollege Lindner hat es gerade dargestellt – im Ausschuss darüber diskutieren können; dann zeigt sich, ob dieser Drive mit in den Ausschuss genommen wird. Der Antrag wirft einige Fragen auf, und er gibt auch Antworten.

(B) Zum einen geht es um die Frage – und da muss man jetzt trennen –: Wie gehen wir mit der Uniformtrageerlaubnis um? Es kann nach unserer Ansicht, auch nach Ansicht des Reservistenverbandes, dem ich ja vorstehen darf, nicht sein, dass in diesen Schreiben, die gerade mehrmals zitiert worden sind, Reservistinnen und Reservisten, die die Altersgrenze von 65 Jahren erreicht haben, aufgefordert werden, ihre Uniform abzugeben, ohne Dank, ohne großartige Anerkennung. Und dann kommt noch der Schlusssatz: Falls Sie gar keine mehr haben, erachten Sie dieses Schreiben als gegenstandslos. – Das ist nicht nur unprofessionell, damit wird den Reservistinnen und Reservisten noch nicht einmal der gebührende Dank entgegengebracht, den man ihnen schuldet. Deswegen haben wir schon seit November letzten Jahres, seitdem das so peu à peu aufgekommen ist, intensiv in einer Arbeitsgruppe mit dem Verteidigungsministerium besprochen, dass so etwas nicht mehr passiert, sondern das ordentlich gehandhabt wird, dass Reservistinnen und Reservisten, die weiter ihren Dienst leisten wollen, die Uniform behalten können. Wir werden da, glaube ich, zu guten Ergebnissen kommen. Wir werden das vermutlich im Rahmen der Überarbeitung der Bekleidungs Vorschriften ordentlich regeln. Dafür ganz herzlichen Dank an das Verteidigungsministerium, an Thomas Silberhorn, der hier ist, und insbesondere auch an Peter Tauber, der diesen Themenbereich in früheren Jahren bearbeitet hat. Da hatten wir eine große Unterstützung vonseiten des Ministeriums. Deswegen bin ich mir sicher: Wir werden eine gute Regelung beim Thema „Behalt der Uniform“ bekommen. So hat es übrigens auch die Ministerin in unserer Zeitschrift „Loyal“ zugesichert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Getrennt davon ist das Thema der Altersgrenze zu betrachten. Darüber kann man intensiv diskutieren. Ich kenne Reservistinnen und Reservisten, Ü 65, die fit wie Turnschuhe sind, die sich engagieren möchten, die Fach-

wissen mitbringen und die die Truppe auch gerne haben möchte. Ich glaube aber, dass wir so etwas intensiv diskutieren und beraten müssen, dass wir dabei auch den Bundeswehrverband mit ins Boot holen müssen. Deswegen wundert es mich, dass man diesen Antrag, der schon mehrere Wochen waberte, den man früher hätte einbringen können, den man früher auch hätte breit diskutieren können, jetzt, in der vorletzten Sitzungswoche dieser Legislaturperiode stellt. Ich hätte mir den Antrag etwas früher gewünscht. Das erweckt nun wirklich den Eindruck, dass man den Antrag jetzt ins Schaufenster stellen möchte, wohl wissend, dass man so ein komplexes Thema, das eine so große Bandbreite hat, in den letzten zwei Sitzungswochen gar nicht mehr ausdiskutieren kann; aber man hat den Pflock für die eigene Partei reingehauen. (C)

(Dr. Marcus Faber [FDP]: Wo ist denn Ihr Antrag?)

Ich wünsche mir, dass wir das jetzt wirklich intensiv miteinander beraten. Wir stimmen heute ja nicht ab, sondern wir überweisen den Antrag in den federführenden und die mitberatenden Ausschüsse. Wenn Sie es ernst meinen, dann lade ich Sie ein: Bitte bilden Sie seitens der FDP doch mal ein Forum – Sie haben ja Stiftungen –, laden Sie den Bundeswehrverband und den Reservistenverband ein, und lassen Sie uns gemeinsam diskutieren, auch außerhalb des Parlaments, auch außerhalb der Ausschüsse, wie man so etwas hinbekommen kann. André Wüstner ist sicherlich bereit, mit uns gemeinsam darüber zu diskutieren. Wir müssen das Thema gemeinsam voranbringen und überlegen, wie wir zu guten Lösungen kommen, aber bitte auch mit den aktiven Soldatinnen und Soldaten; das ist uns als Reservistinnen und Reservisten wichtig. Spielen wir nicht einzelne Gruppen innerhalb der Bundeswehr gegeneinander aus. Wir Reservisten wollten nie ein Extrabrötchen gebacken haben, wir denken an unsere Kameradinnen und Kameraden, die aktiv ihren Dienst leisten. Die machen das umgekehrt auch; denn sie werden auch alle irgendwann mal Reservistinnen und Reservisten sein. (D)

Abschließend: Ich finde, der Antrag ist gut. Lassen Sie uns ihn in den nächsten Wochen seriös und intensiv beraten. Sollte es aufgrund der Diskontinuität nicht gelingen, ihn abzuschließen – Sie haben ihn wirklich spät eingebracht –, dann können Sie als FDP ja – die Union wird das garantiert auch machen – ein Forum für eine gute Diskussion liefern, damit das Vorhaben in der nächsten Legislaturperiode gelingt. Ich würde das sehr begrüßen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Eberhard Brecht [SPD])

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Professor Sensburg. – Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/29087 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es weitere Überweisungsvorschläge? – Das sehe ich nicht. Dann verfahren wir, wie von mir vorgeschlagen.